Fraktionen von CDU und SPD

Antrag

Thema	Katzenschutzverordnung - Entfristung
Gremium	Stadtverordnetenversammlung
Vorlage	

Beschlussantrag:
Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, die bestehende Katzenschutzverordnung für das Gebiet der Stadt Dieburg zu entfristen.

Begründung:

In mehr als 2.000 Gemeinden und Städten in Deutschland, davon 145 in Hessen, existiert bereits eine Katzenschutzverordnung. Diese regelt, dass Katzen mit Freigang kastriert, gekennzeichnet und im kostenlosen Haustierregister angemeldet werden. So werden unkontrollierte Vermehrungen und Tierleid durch Krankheit, Hunger und Inzucht verhindert.

Der Deutsche Tierschutzbund, seine ihm angeschlossenen Vereine und die Landesregierung haben ausschließlich positive Erfahrungen dazu gesammelt und empfehlen diese Verordnung.

Die aktuelle Katzenschutzverordnung der Stadt Dieburg vom 02.11.2021 tritt zum 31.12.2026 außer Kraft. Die Katzenschutzverordnung verursacht bei den Verwaltungen der Kommunen weder Kosten noch Arbeit und entlastet überfüllte Tierheime, die wiederum durch eine Katzenflut unter hohen Kosten leiden; was sich in den kommunalen Tierheimzuschüssen niederschlägt.

Insoweit wird die Entfristung der Katzenschutzverordnung geboten.

Dieburg, den 09.06.2026

Gez.

Stefan Sauerwein, Vorsitzender der CDU Fraktion
Christian Wohlrab, Vorsitzender der SPD Fraktion